



Sibirische Dorfbewohnerin: „Die zugrundegehende Nation retten“

direkt zum Separatismus auf, ließ Beschlüsse verabschieden, die den russischen Staat in Stücke zerreißen sollten. Damit wurde Russland seiner wohlverdienten historischen Rolle und seiner Stellung auf dem internationalen Parkett beraubt. Was vom Westen mit lautstarkem Applaus quittiert wurde.

SPIEGEL: Und Putin?

Solschenizyn: Putin übernahm ein Land, das ausgeplündert und völlig aus dem Gleichgewicht gebracht worden war, mit einer großenteils entmutigten und verarmten Bevölkerung. Er schickte sich an, das zu tun, was möglich war – und möglich war eben ein langsamer, schrittweiser Wiederaufbau. Diese Bemühungen wurden nicht gleich bemerkt und erst recht nicht gewürdigt. Können Sie überhaupt Beispiele aus der Geschichte nennen, wo Bemühungen um die Wiederherstellung einer starken Staatsführung von außen wohlwollend registriert wurden?

SPIEGEL: Dass ein stabiles Russland auch im Interesse des Westens liegt – diese Erkenntnis hat sich inzwischen durchgesetzt. Uns wundert aber vor allem eines: Wenn es um die richtige Staatsform in Russland ging, waren Sie immer Verfechter einer Selbstverwaltung des russischen Bürgers – dieses Modell haben Sie der westlichen Demokratie gegenübergestellt. Was wir nach sieben Jahren Putin-Herrschaft sehen, ist genau das umgekehrte Ergebnis: Der Präsident besitzt die ausschließliche Macht, alles richtet sich nach ihm.

Solschenizyn: Jawohl, ich habe stets darauf bestanden und bestehe noch darauf, dass

Russland eine lokale Selbstverwaltung braucht. Dabei will ich diese Lösung keinesfalls dem westlichen Demokratiemodell entgegensetzen. Im Gegenteil. Ich will meine Mitbürger mit Beispielen von hocheffizienter Selbstverwaltung in der Schweiz und in New England überzeugen, die ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe. Doch Sie verwechseln in Ihrer Frage die lokale Selbstverwaltung, die nur auf der untersten Ebene denkbar ist – wo die Leute die von ihnen gewählten Verwalter persönlich kennen –, mit jenen regionalen Machtstrukturen von einigen Dutzend Gouverneuren, die zur Jelzin-Zeit zusammen mit der Moskauer Zentralmacht schon die kleinsten Keime lokaler Selbstverwaltung ausrotteten.

Ich bin auch heute zutiefst bedrückt darüber, wie langsam und ungeschickt bei uns die lokale Selbstverwaltung durchgesetzt wird. Allerdings geht es auch hier voran. Zur Jelzin-Zeit wurden alle Möglichkeiten der lokalen Selbstverwaltung schon durch Gesetze blockiert. Jetzt ist die Staatsmacht bereit, mehr Entscheidungen an die Bevölkerung vor Ort zu delegieren. Leider ist es noch kein System.

SPIEGEL: Das können wir schwer nachvollziehen. Kritische Stimmen sind in diesem Land so gut wie nicht gefragt. Eine Opposition gibt es kaum.

Solschenizyn: Eine Opposition ist ohne Zweifel erforderlich und wird von jedem herbeigewünscht, der eine gesunde Entwicklung Russlands anstrebt. Wie zu Jelzins Zeiten bilden eigentlich nur die Kommunisten eine richtige Opposition.

Wenn Sie davon sprechen, dass es kaum noch Opposition gibt, meinen Sie sicherlich jene demokratischen Parteien, die es in den neunziger Jahren gab. Doch man muss das unvoreingenommen sehen: Im Laufe der neunziger Jahre ging es der Bevölkerung ständig schlechter, ein einschneidender Rückgang des Lebensstandards erfasste drei Viertel aller Familien in Russland – alles unter den „Fahnen der Demokratie“. Was wundert es, wenn die Leute dann von diesen Fahnen wegliefen? Die Führer dieser Parteien können sich bis heute nicht einmal über Ministerposten in einem imaginären Schattenkabinett einigen. Es ist bedauerlich, dass es in Russland nach wie vor keine konstruktive, überschaubare und zahlenmäßig starke Opposition gibt. Offensichtlich braucht es mehr Zeit, bis sie sich formt. So wie man Zeit braucht, bis andere demokratische Institutionen reifen.

SPIEGEL: Bei unserem letzten Gespräch vor sieben Jahren haben Sie kritisiert, in der Duma säßen nur zur Hälfte direkt gewählte Abgeordnete, und die würden von den Vertretern der politischen Parteien dominiert. Nach Putins Wahlrechtsreform gibt es überhaupt keine Direktmandate mehr. Das ist doch ein Rückschritt!

Solschenizyn: Ja, ich halte das für einen Fehler. Ich bin ein überzeugter und konsequenter Kritiker des Parteien-Parlamentarismus und Anhänger eines Systems, bei dem wahre Volksvertreter unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit gewählt werden. Die nämlich wissen dann um ihre persönliche Verantwortung in den Regionen und Kreisen, und sie können auch abberufen werden, wenn sie schlecht gearbeitet haben. Ich sehe und respektiere Wirtschaftsverbände, Vereinigungen von Kooperativen, territoriale Bündnisse, Bildungs- und Berufsorganisationen, doch ich verstehe nicht die Natur von politischen Parteien. Eine Bindung, die auf politischen Überzeugungen beruht, muss nicht notwendigerweise stabil sein, und häufig ist sie auch nicht ohne Eigennutz.

Leo Trotzki sagte noch in der Zeit des Oktober-Umsturzes sehr treffend: „Eine Partei, die die Machtergreifung nicht als ihr Ziel sieht, ist nichts wert.“ Das bedeutet doch, dass man Vorteile *für sich* will, auf Kosten der restlichen Bevölkerung. Bei einer unbewaffneten Machtergreifung ist das nicht anders. Wenn man über anonyme Parteiprogramme und Parteibezeichnungen abstimmt, ersetzt man damit die einzige glaubwürdige Auswahl eines Volksvertreters: eines Kandidaten mit einem konkreten Namen durch einen Wähler, der auch einen Namen besitzt. Darin besteht der ganze Sinn einer wahren Volksvertretung.

SPIEGEL: Russland ist in den letzten Jahren durch Öl und Gas reich geworden, ein Mittelstand formiert sich. Trotzdem sind die sozialen Kontraste zwischen Arm und Reich